



M i l l a b a d e r Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.40 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Bezugskonto: Enzthalbank, Wildbad. — Postkonto: Postamt Wildbad. — Druckerei: Druckerei G. Wildbad. — Postamt: 201 74. — Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Besatz 10 Pf. Grundpreis 15 Pf., abwärts 10 Pf. — Restlozeile 50 Pf. Rabatt nach Art. für Ozean und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontrahenten oder wenn gesetzlich die Beilegung notwendig wird, fällt jede Rechtsmündigkeit weg. — Druck: Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 86. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Haus Döllmer.

Wer zahlt die Zölle des Agrarprogramms?

„Natürlich der Verbraucher!“ wird vielfach gesagt. Man hörte dies aus den Verhandlungen im Reichstage heraus. Man liest es in mehr oder weniger höflicher Form in der Presse.
Was ist Wahrheit? Wir haben in den letzten zwei Jahren wiederholt Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft erlebt: das Notprogramm vom März 1928, Zollerhöhungen (auf Getreide, Butter und Vieh) vom Juli und Dezember 1929, Steigerung des Zollschutzes durch die Gesetze vom 26. März und vom 15. April 1930. Trotzdem sanken die Großhandelsmehrzahlen für Agrarstoffe: Januar 1928: 134,1 (für industrielle Fertigwaren aber 155,8), Januar 1929: 131,3 (159,3), Dez. 1929: 126,5 (156,2) und am 2. April 1930: 111,1 (152,1).

Was folgt daraus? Die gefährdete Steigerung der Lebenshaltungskosten für den Verbraucher ist nicht eingetreten, sondern das Gegenteil. Die Ausgaben für Ernährung betragen, wenn sie 1913 gleich 100 gesetzt werden, im Dezember 1929 152,6, im Februar 1930 147,9. Sie lagen somit etwa 3,5 Proz. niedriger als in den drei Vorjahren. Die Erhöhung der Zölle hat also bis dahin auf die Ermäßigung der Massen keinen Einfluß gehabt.
Dennoch ist diese Gefahr, namentlich wenn die Preisstürze auf dem Weltmarkt nachlassen, nicht ausgeschlossen. Deshalb hat die Befehlsgebung ihre Bestimmungen so gefaßt, daß sie auch einen wirksamen Verbraucherschutz ermöglichen. Zunächst sind die Ermäßigungen, die der Regierung zugestanden sind, eng beschränkt, und zwar nur bis 31. März 1931. Auch kann die Regierung jederzeit Auswüchsen in der Preisbildung durch Herabsetzung der Zölle wirksam entgegenzutreten. Weiterhin sind bei Roggen und Weizen Richtpreise vorgegeben, und zwar zu 230 Mark für die Tonne Roggen und 260 Mark für Weizen. Hiernach können etwaige Zolländerungen vorgenommen werden. Endlich hat der Reichstag eine Entschickung angenommen, in der die Regierung ersucht wird, Vorlagen für die Herabsetzung von Zöllen zu machen, die eine unerwünschte Verteuerung verursacht haben, wenn während der Geltungsdauer des Gesetzes eine Verteuerung der Ernährungskosten nach den amtlichen Bezugsahlen von mehr als 15 Punkten eintritt.

Wo in diesem System „beweglicher Zölle“ liegt eine Schutzmaßnahme, auf welche der Verbraucher sich unbedingt verlassen können. Vor allem kommt es aber auch auf die Preispolitik an, welche die verarbeitenden Gewerbe und Industrien beobachten.

Schon einmal hat man die Erfahrung gemacht, daß Kostenerhöhungen bei Lebensmitteln nicht notwendig eine Brotverteuerung zur Folge haben. Dies war in jenen Jahren, wo Bismarck die ersten Kornzölle einführte. Wohl ruft heute die ganze Welt nach „Abbau der Schutzzölle“. Man denke an die Entschickungen und Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz in Genf. In der Praxis aber hört man wenig davon. Im Gegenteil! Amerika, von dem man das Gegenteil erwartete, steigert von Jahr zu Jahr seine Einfuhrzölle. Es kümmert sich keinen Deut um Europas Wirtschaft. Und in Europa selbst? Das reiche Frankreich, dessen Briand angeblich ein „wirtschaftliches Europa“ mit Abtragung der Zollmauern erstrebt, hat auf der letzten Zollwaffenstillstandskonferenz klipp und klar erklärt, es müsse seine Zölle hoch halten, so lange es eine positive Handelsbilanz habe. Und Deutschland? Sollen wir etwa den Anfang machen? Die Not zwingt uns zur Erhöhung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel. Das hemmt liegt jedermann näher als der Rod. Wir können unmöglich auf unsere „lebenswichtigen“ Nachbar im Osten Rücksicht nehmen. Wenn nicht unsere Landwirtschaft vollends zugrunde gehen soll, dann müssen wir der übermäßigen und unnötigen Milliarden-Einfuhr von Lebensmitteln, die unsere Bauern gerade so gut erzeugen können, einen festen Damm entgegenstellen — und der ist erhöhter Schutzzoll.

Deutscher Reichstag

Berlin, 17. Mai.

Abg. Colosser (Wirtschaftsp.) wünschte eine Vereinfachung der Rechtspflege. Die Mietminderungsämter könnten verschwinden. Bei den Arbeitsgerichten sollten Rechtsanwälte zugelassen werden. Eine Vertrauenskrise gegenüber dem Richterstand sei gerade bei den Hausbesitzern vorhanden. Sie würden von den Gerichten meist als die „wirtschaftlich Stärkeren“ behandelt, obwohl sie das in den seltensten Fällen seien. Die unberechtigte Kritik an der Justiz werde künstlich genährt durch eine gewisse Sorte von Journalisten, die sich das Recht anmaßen, schon bei Beginn eines Prozesses in Zeitungen das Urteil zu sprechen, um dann die Richter anzugreifen, wenn sie sich ihrem Urteil nicht anschließen. Der wirklich ernste und gewissenhafte Teil des ehrenwerten Berufsstands der Journalisten habe mit diesen Leuten nichts gemein.

Abg. Dr. West (Volksrechtspartei) beschäftigte sich mit dem angeklügten Gesetz über die Fälligkeitstermine der Aufwertungshypotheken.
Rechtsjustizminister Dr. Bredt stellte gegenüber Anfragen fest, daß zur Zeit im Deutschen Reich 74 Frauen im richterlichen Dienst verwendet werden. Die Zulassung der Rechtsanwältinnen bei den Arbeitsgerichten werde vom Rechtsjustizministerium seit Jahren gefordert. Zur Frage der Uebernahme der Justizhoheit auf das Reich erklärte der Minister, ein Blick auf die geschichtliche Entwicklung seit Bismarck zeige, daß wir uns auf allen Gebieten in der Richtung zur Reichseinheit bewegen. Nur über das Tempo können Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wir müssen zweifellos zu einer Vereinheitlichung der Rechtspflege kommen und damit auch zur Freizügigkeit der Rechtsanwältinnen.
Abg. Scheffer (Z.): Das Zentrum stehe von jeher einer allgemeinen Amnestie ablehnend gegenüber. Trotzdem stimme es aus Anlaß der Rheinlandräumung einer allgemeinen Verfestigungssammestie zu, die sich aber eng an die Befestigungsnot und ihre Auswüchse anschließen müsse. Das Zentrum könne sich nicht grundsätzlich der Auffassung anschließen, daß alle Feindtaten dieser Amnestie unterliegen müssen.
Das Haus verlagte sich auf Montag 3 Uhr.

Die Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ hat am Sonntag nachmittag die Fahrt nach Brasilien, Westindien und Nordamerika angetreten. Das Luftschiff wird, wie der „Köln. Zeitung“ gemeldet wird, etwa drei Wochen unterwegs sein und voraussichtlich am 8. Juni wieder in Friedrichshafen zu erwarten sein. Die Führung hat wieder Dr. Eckener. Die Besatzung ist durch Zuziehung eines Bordphotographen auf 43 Mann gestiegen. Der Dienst an Bord erfolgt in vierstündigem Ablösungsturnus. An der Fahrt nehmen als Fahrgäste fünf Deutsche und Schweizer, sechs Amerikaner und Engländer, im übrigen Spanier und Brasilier teil, die zum Teil erst in Sevilla und Pernambuco an Bord kommen, und zwar steigen in Sevilla sechs Fahrgäste aus und vier ein, in Pernambuco vier aus und vier ein. Genannt wird außer den Pressevertretern Kapitän Schumaker als Verbindungsoffizier des amerikanischen Marineamts, während spanischerseits der Herzog de la Victoria, Oberstleutnant Herrera und Dr. Rojas entsandt werden. An Fracht wird nur Luftpost mitgeführt, die bei der Zwischenlandung in Sevilla durch ein von Berlin kommendes Sonderflugzeug der Deutschen Luft Hansa ergänzt und in Pernambuco durch Sonderflugzeuge des Condor-Syndikats den verschiedenen Bestimmungsländern auf dem schnellsten Weg zugeleitet wird.

Das Luftschiff führt an Triebgas, Benzin-Benzol und Öl Betriebsstoff für 120 Fahrstunden mit. Triebgas und Traggas werden in Pernambuco wieder aufgefüllt. Die Fahrt geht in fünf Abschnitten vor sich: Friedrichshafen—Sevilla, rund 2000 Kilometer; Sevilla—Pernambuco, 6000 Kilometer; Pernambuco—Rio de Janeiro und zurück nach Pernambuco, 4000 Kilometer; Pernambuco—Havanna—Lakehurst, 8000 Kilometer; über den Atlantik nach Friedrichshafen, 8000 bis 9000 Kilometer. Die Kreuzfahrten über Rio de Janeiro und Havanna eingerechnet, ergibt sich eine Gesamtstrecke von über 30 000 Kilometer, also die gleiche Entfernung, die Graf Zeppelin auf seiner vorjährigen Weltfahrt zurückgelegt hat.

Sevilla erreicht das Luftschiff am Montagabend, um in der Morgenstunde des Dienstags die Fahrt über die Kanarischen und die Kapverdischen Inseln fortzusetzen. An der afrikanischen Küste passiert „Graf Zeppelin“ den sogenannten Kalmengürtel (Gegend der Windstillen), dessen besondere atmosphärische Verhältnisse ein vier- bis sechstündiges Versagen des Bordfunks voraussehen lassen. Die Schiffsleitung bittet also die Öffentlichkeit, aus einem längeren Ausbleiben der Funkverbindung keine beunruhigenden Schlüsse zu ziehen.

Vor dem Eintritt in das afrikanische Monsungebiet biegt der „Graf Zeppelin“ in die Region der Ostpassatewind ein, um als erstes Luftschiff den Äquator zu kreuzen. Im Äquatorialgebiet rechnet die Schiffsleitung mit Regenschauern, vielleicht müssen auch Gewitter umgangen werden. In der brasilianischen Hafenstadt Pernambuco hat der Luftschiffbau Zeppelin einen Ankermast errichtet, an dem das Luftschiff ein bis zwei Tage zur Auffüllung verankert wird. Von Pernambuco aus unternimmt „Graf Zeppelin“ eine 2000 Kilometer lange Küstenfahrt bis zur Hauptstadt Rio de Janeiro, wo bei günstigem Wetter eine kurze Zwischenlandung erfolgt, bei ungünstigem Wetter nur getreuzt wird.

Von Pernambuco aus kreuzt das Luftschiff die Mündung des Amazonasstroms und steuert über den Westindischen Archipel Kuba an, wo bei Havanna je nach dem Wetter eine kurze Zwischenlandung oder Kreuzen vorgeesehen ist, und nimmt von dort über Florida den Küstenweg nach Lakehurst. Dieser Teil der Fernfahrt dürfte navaatorisch

der schwierigste sein, da der Westindische Archipel häufig, der Atlantik zwischen der amerikanischen Ostküste und den Bermudasinseln besonders im Juni von Orkanen heimge sucht wird. In Lakehurst ruht das Luftschiff drei Tage, wofür dem amerikanischen Marineamt 9000 Dollar zu entrichten sind, und kehrt dann auf direktem Weg nach Friedrichshafen heim.

Als Zweck der Fernfahrt bezeichnet Dr. Eckener das Studium der meteorologischen und verkehrstechnischen Bedingungen für die Aufnahme einer regelmäßigen Luftschiffverbindung mit Südamerika. Dr. Eckener hält die wirtschaftlichen Vorteile der Südamerikastrecke für so groß, daß er ihre Durchführung neben der nordamerikanischen Luftschifflinie betreibt. Die deutschen Luftschiffe werden in realsmatischen, zunächst höchstens 14-tägigen Abständen zwischen Friedrichshafen und Pernambuco verkehren, mit Zwischenlandung in Sevilla, wo ein Ankermast bereitsteht. Die Fahrt dauert drei bis dreieinhalb Tage hin und vier Tage zurück. Der Fahrpreis für die Person beträgt 1000 Dollar.

Auch die zweite von der International Zeppelin Transportation Company geplante Luftschiffverbindung mit Nordamerika wird vorerst von Friedrichshafen ausgehen. Später wird der Ausgangspunkt verlegt in die Rhein ebene. Wie erinnerlich, haben Dr. Eckener und Kapitänleutnant Flemming unlängst den ehemaligen Exerzierplatz auf dem Griesheimer Sand bei Darmstadt auf seine Verwendbarkeit als Luftschiffhafen hin besichtigt. Zum amerikanischen Luftschiffhafen ist die virginische Stadt Alexandria am Potomac River ausersehen. Die Nordamerikalinie wird mit Luftschiffen der Luftschiffbau Zeppelin GmbH. in Friedrichshafen und der Goodyear Zeppelin Corporation in Akron in anfangs vierzehntägigem, später viertägigem Turnus betrieben. Die Hin- und Rückfahrt dauert drei, die Rückfahrt zwei Tage. Der Fahrpreis ist auf gleichfalls 1000 Dollar je Person festgesetzt.

Die wichtigste Neuerung ist, daß das feuergefährliche Wasserstoffgas in absehbarer Zeit auch bei den deutschen Verkehrsluftschiffen durch das unbrennbare Helium als Füllgas ersetzt wird. Der Preis des Heliums wird sich auf einen halben Dollar für das Kubikmeter stellen, so daß sich die Kosten der Füllung eines Luftschiffs von 50 000 Mark bei Wasserstoffgas auf 75 000 Dollar bei Helium erhöhen.

40 000 Briefe durch Zeppelin befördert

Nach einer Meldung der „New York Times“ aus Rio de Janeiro sind dort bereits über 40 000 Briefe zur Beförderung mit dem „Graf Zeppelin“ aufgegeben worden. Da gleichzeitig zahlreiche Besuche von Fahrgästen vorliegen, wird voraussichtlich ein Teil der Postsendungen nach Pernambuco gebracht werden müssen, wo die Gaszuführung des Luftschiffs eine schwerere Belastung gestattet.

Neue Nachrichten

Durchführung des Ostprogramms unter Leitung des Reichstanzlers

Berlin, 18. Mai. Reichstanzler Dr. Brüning erstattet gestern dem Reichspräsidenten Bericht über den Stand der Kabinettsberatung über das Osthilfsprogramm und dessen Durchführung. Die Leitung wird nach der D.M.Z. der Reichstanzler selbst übernehmen, daneben werden Reichstabinett und preußische Regierung je einen Kommissar ernennen, und zwar seien dafür Reichsminister Treviranus und der preußische Wohlfahrtsminister Hirtfelder (Jr.) in Aussicht genommen. In eine besondere Behörde werde nicht gedacht. Die Ausführung soll bei den beteiligten Ministerien, also in erster Linie bei dem Reichsernährungsministerium verbleiben. — Dies scheint eine zweckmäßige Lösung des Zuständigkeitsstreits zu sein.

Zunahme der Versorgungsberechtigten

Berlin, 18. Mai. Bei der Beratung des Kapitels Versorgungs- und Ruhegehälter des Reichshaushaltplans im Haushaltsausschuß des Reichstags wies der Berichterstatter Abg. Laverrenz (Deutschnat.) darauf hin, daß die Gesamtkosten für die Versorgung der Kriegsoffer, obwohl der Krieg nun schon seit 12 Jahren beendet sei, in absehbarer Zeit keine wesentliche Verringerung erfahren werde. Im gegenwärtigen Zeitpunkt rechnet man mit 840 000 Versorgungsberechtigten. Der Zugang im Jahr 1928/29 werde im Haushaltplan mit 46 302 angegeben. Erste Beachtung verdiene die stetige Zunahme der Versorgungsgebühren für die heutige Wehrmacht. Seit 1925 sei eine Zunahme von 65 vom Hundert festzustellen. Die Hauptursache liege in der Zunahme der Pensionierungen, in der Hauptsache bei den Offizieren, die bereits nach 25 Dienstjahren, also im besten Mannesalter, ausscheiden müssen. Diese pensionierten Offiziere seien also lange Zeit Pensionäre, denen vorläufig kein

Abgang gegenüberstehe. Die zweite große Ausgabe im Haushalt der neuen Wehrmacht seien die Uebergangsgeldbühnen für Offiziere und Mannschaften, die den Uebertritt haben und nicht in einer Beamtenstelle untergebracht werden können. Die Unterbringung der Versorgungsanwärter sei nach wie vor eine ernste Aufgabe.

Stegerwald über den Wohnungsbau

Berlin, 18. Mai. Im Haushaltsausschuß des Reichstags erklärte Reichsarbeitsminister Stegerwald auf eine Anfrage, das Mißverhältnis zwischen den Mieten der Altwohnungen und denen der Neubauwohnungen nehme in dem Maß zu, als Neubauten erstellt werden. Das Ministerium erwäge zur Zeit, wie den dadurch entstehenden Schwierigkeiten abgeholfen werden könne. Es sei bedauerlich, daß trotz der großen Arbeitslosigkeit in Deutschland noch 100 000 ausländische Landarbeiter verwendet werden müssen, weil die Landwirte von den deutschen Arbeitslosen keinen Ersatz bekommen. Man werde dem Uebel durch den Bau von Landarbeiterwohnungen abzuwehren suchen. Außer den bereits aufgewendeten 5 Millionen seien nun noch weitere 20 Millionen Mark für diesen Zweck flüssig gemacht worden dadurch, daß eine Boden- und Kreditbank einen Zwischenkredit gewährt habe.

Mord und Totschlag in Berlin

Berlin, 18. Mai. In der Nacht zum Samstag kam es an verschiedenen Stellen der Stadt zu Zusammenstößen zwischen politischen Gegnern. Ein 29 Jahre alter Arbeiter wurde bei einem Streit im Osten der Stadt tödlich verletzt. Ein anderer Teilnehmer erhielt einen schweren Rückenschuß, an dem er bald darauf starb. Ein 35jähriger Arbeiter wurde in der Hauptstraße in Schönberg erstochen aufgefunden.

Koalitionstrife in Bayern?

München, 18. Mai. Zur Deckung des Fehlbetrags hatte Finanzminister Dr. Schmelzle die Einführung einer Schlachtsteuer vorgeschlagen, die indessen vom Bayer. Bauernbund abgelehnt wird. Der „Bayerische Kurier“ berichtet nun, Minister Schmelzle habe erklärt, daß er zurücktreten werde, wenn bis zum 1. Juni keine Klarheit geschaffen sei. Er besteht auf der Annahme der Schlachtsteuer, solange die Parteien nicht für entsprechende anderweitige Deckung sorgen.

Die Hybridenfrage vor dem bayerischen Landtag

München, 18. Mai. Im Haushaltsausschuß des Landtags kam der kommunistische Antrag betreffend die Aufhebung des Verbots des Hybridenbaus in der Pfalz und Umstellung der befristeten Weinbauern usw. zur Behandlung. Landwirtschaftsminister Febr erklärte es als völlig irrig, einen Unterschied zwischen kleinen und großen Weinbauern in dieser Frage zu konstruieren. Der Weinbau in der Pfalz und in Franken sei ein landwirtschaftlicher Produktionszweig, der im allgemeinen in den Händen des kleinen Bauerntums liege. Die Kundgebungen in Oermersheim am 13. Mai wurden veranlaßt durch die Bestrafung von Hybridenpflanzen im Bezirk Oermersheim, die trotz der vielfachen Warnungen und der ernsthaftesten Ermahnungen im Frühjahr die Amerikaner anpflanzten. Ein Eingriff in die schwebenden Gerichtsverfahren ist der Staatsregierung nicht möglich. Angelehnt der scharfen Bestimmungen der Reichsratsverordnung vom 7. März 1929 ist es der Staatsregierung auch nicht möglich, den Forderungen des Amerikanerrebens-Bernds zu entsprechen. Die Zeitungs-Nachrichten über den Verkauf der Kundgebungen vom 13. Mai waren außerordentlich übertrieben. Sehr bedenklich ist, daß sich die Bauern der Südpfalz zu derartigen Kundgebungen haben hinreißen lassen. Die Aufhebung der ergangenen Bestimmungen ist ganz unmöglich. Das Ministerium ist auch nicht in der Lage, im gegenwärtigen Zeitpunkt den Hybriden-Bauern in irgend einer Weise entgegenzukommen. Der kommunistische Antrag wurde gegen die Stimme des Antragstellers einstimmig abgelehnt.

Die Thüringer Regierungstrife beigelegt

Weimar, 18. Mai. Zur Beilegung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Thüringer Regierungskoalition fanden gestern weitere Verhandlungen statt. Mit Staatsminister Dr. Fricke wurde eine Einigung dahin gehend erzielt, daß an Stelle des von ihm für den Polizeidirektorposten in Weimar vorgeschlagenen Richtersassessors Dr. Ortlepp ein älterer Wartestandsbeamter, der seiner Partei nahesteht, vorgeschlagen werden soll. Am Montag werden die Nationalsozialisten sich wieder an den Staatsbera-

Die Verwandlung

Kriminalroman von Paul Franz

30. Fortsetzung.

Machdruck verboten.

Auf der Suche

Dem erregten Zustand Rechnung tragend, in dem Erika während der letzten Tage sich befunden hatte, mußte man das Schlimmste annehmen. Borecki wurde bei sämtlichen Verwandten und Bekannten des Hauses Diest telefonisch angefragt; aber niemand hatte das junge Mädchen gesehen oder wußte über seinen Verbleib irgendeine Auskunft zu geben. Schließlich entschloß sich der Vater, Thaddäus Dmochowski aufzusuchen. Er mußte Auskunft über den Aufenthalt seiner Tochter geben können. Falls er überhaupt anzutreffen war, da vor allem die Mutter die Ansicht vertrat, daß das junge Paar gemeinsam die Flucht ergriffen habe. Herr Diest geriet, als seine Frau eine solche Annahme äußerte, in größte Erregung und entschloß sich endlich, obwohl er lange gezögert hatte, Dmochowski aufzusuchen.

In der Studentenbude

Ein Automobil brachte Herrn Diest, in dessen Begleitung sich sein Schwager befand, in die Wohnung des Studenten Dmochowski, die sich im Hause Nr. 43 in der Mitauer Straße befindet. Die Zimmerfrau, bei der der Student logierte, bedeutete den Herren, daß ihr Mieter nicht zu Hause sei, daß er jedoch versprochen habe, um zwei Uhr nachmittags zurückzukehren. Die beiden Herren, die vorher in Erfahrung gebracht hatten, daß der Student allabendlich nach Hause gekommen sei, warteten nun seine Rückkehr ab. Herr Diest war, ohne daß ihn das jedoch über den Verbleib seines Kindes beruhigt hätte, überzeugt, daß

lungen beteiligen, denen sie wegen des Falls Ortlepp ferngeblieben waren.

Es handelt sich um den im Wartestand lebenden Oberregierungsrat Hellwig (Nat.-Soz.) vom Innenministerium. Hellwig ist von allen Regierungsparteien als Polizeidirektor von Weimar angenommen. Die Nationalsozialisten fordern, daß Richtersassessor Dr. Ortlepp dem Polizeidirektor als Regierungsassessor beigeordnet werde mit der Zusicherung späterer Aufstiegsmöglichkeit.

Einschränkung der Naturalisierung in Thüringen

Weimar, 18. Mai. Die Regierung hat an die thüringischen Städte eine Verfügung erlassen, daß die Gesuche von andersrassigen Ausländern um Naturalisierung (Erteilung des Bürgerrechts) grundsätzlich abzulehnen seien. Nur in ganz besonderen Ausnahmefällen sei der Antrag dem Ministerium des Innern zur Begutachtung zuzuleiten.

Reichsbanner gegen Brüning

Halle, 18. Mai. In einer Versammlung des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, in der Reichstagsabg. Müller (S.) sprach, wurde eine Entschließung angenommen, in der von dem Vorstand des Reichsbanners eine eindeutige Erklärung gefordert wird, ob er bereit sei, einen entschiedenen Kampf gegen die Regierung Brüning und alle Bestrebungen in republikanischen Parteien, die den Bestand der Republik gefährden, aufzunehmen. Diese Kreise (gemeint ist wohl das Zentrum) gehören nicht in das Reichsbanner. Sollte der Bundesvorstand die Erklärung nicht abgeben, so werde sich die Ortsgruppe Halle in eine „republikanische Schutzwehr“ umwandeln.

Malta-Konkordat zwischen England und dem Vatikan

Malta, 17. Mai. Das amtliche Blatt der Regierung hat den Entwurf eines Konkordats zwischen der Malta-Regierung und dem Heiligen Stuhl veröffentlicht. Durch das Verhältnis zwischen Kirche und Staat auf Malta geregelt werden soll. Als Zweck des Konkordats wird bezeichnet, die Unabhängigkeit der Kirche von Malta in allen geistlichen Fragen in einer Weise zu regeln, die mit der Stellung Malts als britisches Kronland und als autonomes Glied des britischen Reichs verträglich ist.

Eine Entgleisung Churchills

London, 18. Mai. Im Unterhaus erklärte Erster Minister Mac Donald, das Dreimächteabkommen über die Flottenbauten habe das Betrüben vermindert. Wenn das Abkommen nicht zustande gekommen wäre, so hätte England für weitere Neubauten bis zum Jahr 1938 etwa 1340 Millionen Mark mehr ausgeben müssen, die jetzt erspart seien. Churchill (Konf.) erhob den Vorwurf, daß das neue Abkommen keineswegs die natürliche Fortsetzung des Washingtoner Frottenvertrags von 1922 sei; zwischen England und den Vereinigten Staaten bestehe nun nicht mehr Flottengleichheit, sondern England habe seine Unterlegenheit eingeräumt. Zum Beweis verlas Churchill eine geheime Anweisung, die er selbst als Minister im Koalitionskabinett Lloyd George 1921 an den englischen Unterhändler Balfour nach Washington gesandt hatte. In der Anweisung wurde gesagt, daß England sich den Bau von beliebig vielen Kriegsschiffen unter 10 000 Tonnen vorbehalte, wenn die Flottenkonferenz die Beibehaltung der Tauschboote beschließe. Die Verlesung dieses geheimen Schriftstücks rief allgemeine Erregung hervor. Mac Donald und Lloyd George erklärten, Churchill sei nicht berechtigt, eine geheime Kabinettsurkunde ohne Genehmigung des Königs mitzuteilen. Auf Vorschlag Baldwins (Konf.) werden die Parteiführer zusammentreten und genaue Richtlinien für die Behandlung solcher Urkunden festlegen.

Palästina-Forderungen der indischen Mohammedaner

Bombay, 18. Mai. Die Mohammedaner in Bombay veranstalteten einen „Palästina-Tag“. Aus dem mohammedanischen Viertel bewegte sich durch die Stadt ein langer Zug von Mohammedanern, die Fahnen und Banner mit Aufschriften wie „Nieder mit der Balfour-Erklärung“ (daß Palästina eine jüdische Kolonie unter britischer Oberhoheit werden solle) trugen. Abends wurde eine Versammlung abgehalten, an der 100 000 Mohammedaner teilnahmen. Es kam eine Entschließung zur Annahme, in der es heißt: „Wenn die britische Regierung keine Schritte tut, um die Forderungen der Mohammedaner in Palästina zu befriedigen, dann werden die Mohammedaner zu er-

möglichen haben, welche Schritte zu tun sind, um einen Druck auf die britische Regierung auszuüben und sie zu zwingen, die rechtmäßigen Forderungen der Mohammedaner in Palästina zu bewilligen. In einer Ansprache erwähnte der mohammedanische Führer Mohammed Ali, daß er die Regierung um Erlaubnis zu einer Besprechung mit Gandhi ersucht habe, mit dem er die Frage erörtern wolle, wie der „Friede in Indien“ wieder hergestellt werden könne.

Die Mohammedaner in Indien drohen also mit den Hindus gegen England zusammenzugehen, was die indische Bewegung mit einem Schlag zu einer sehr ernstlichen Gefahr für Großbritannien werden ließe.

Befehl zur Räumung

Paris, 18. Mai. Die Reparationskommission hat in ihrer gestrigen Sitzung festgestellt, daß alle Vorbereitungen für die Inkraftsetzung des Neuen Plans erfüllt seien. Das Protokoll wurde hierauf von den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Belgiens und Japans um 6 Uhr abends unterzeichnet.

Ministerpräsident Tardieu hat auf Grund der Feststellung der Reparationskommission den Befehl gegeben, die dritte Rheinlandzone von Montag an zu räumen.

In einer Besprechung, die Tardieu mit dem Kriegsminister Maginot und dem Oberkommandierenden im Rheinland, General Guilleumat, hatte, wurde beschlossen, die Räumung in einem Zeitraum von 50 Tagen in der Hauptsache durchzuführen. Eine „überstürzte“ Abbeförderung sei nicht möglich; der Abmarsch der französischen Truppen dürfe nicht einer Flucht gleichen, sondern müsse in voller Ordnung und Würde vor sich gehen. — Die Räumung wird somit frühestens am 7. Juli in der Hauptsache beendet sein.

Die Reparationskommission hat sich nun aufgelöst. In ihrem Schlußbericht wird gesagt, der Dawes-Plan habe tadellos gearbeitet. Von Deutschland habe die Kommission seit ihrem Bestehen insgesamt 18 Milliarden Goldmark zur Verteilung an die Gläubiger erhalten und zwar 2½ Milliarden in ausgelieferten Staatsgütern, 9½ Milliarden Sachlieferungen und 6 Milliarden Bargeld.

Württemberg

Stuttgart, 18. Mai. Die zweite Dienstprüfung für das höhere Lehramt haben erstanden: in der altsprachlichen Richtung 8, in der neuprädlichen Richtung 20, in der mathematisch-physikalischen Richtung 7, in der naturwissenschaftlichen Richtung 14 und für Zeichen- und Kunstunterricht 11 Teilnehmer.

Höhere Prüfung für den Volksschuldienst. Auf Grund der im April ds. Js. in Tübingen abgehaltenen Prüfung haben 18 Teilnehmer und 2 Teilnehmerinnen die Befähigung für die höheren Stellen im Volksschuldienst erlangt.

Stellenvermittlungsschwinder. In Mannheim ist der Kaufmann Nikolaus Reiter verhaftet worden, weil er durch Inserate in Zeitungen und durch Prospekte, in denen er Heimarbeit mit bis zu 20 RM Tagesverdienst versprach, Arbeits- oder Nebenverdienstsuchende zum Bezug einer von ihm herausgegebenen Broschüre „Erfahrung und Erwerbshelfer“ gegen 3.20 RM. Nachnahme veranlaßt hat. Da dieses Heft fast nur wertlose aus anderen Zeitungen gesammelte, vielfach veraltete Angebote enthält, sind die Bezahler um je 3.20 RM. geschädigt. Aus diesem Anlaß sei wieder eindringlich darauf hingewiesen, daß gegenüber allen Nebenverdienstangeboten äußerste Vorsicht geboten ist.

Vom Tode. In der Stuttgarterstraße in Kallental wurde eine 50 J. a. Frau von einem Lastkraftwagen angefahren und zu Boden geworfen. Sie erlitt schwere innere Verletzungen, an denen sie alsbald starb.

Aus dem Lande

Enzweihingen, O. Vaihingen, 18. Mai. Diamantene Hochzeit. Am Donnerstag konnten Johann Gottlieb Bößlinger, Schreinermeister, und seine Ehefrau Marie geb. Künzinger, in erfreulicher Rüstigkeit das Fest der diamantenen Hochzeit feiern. Der Jubilar ist geboren am 19. Oktober 1844, seine Lebensgefährtin am 12. Juli 1846.

Reutlingen, 18. Mai. Vom Reutlinger Naturtheater. Die Vorbereitungen für die „Lohengrin-Aufführung“ im Reutlinger Naturtheater stehen vor ihrem Abschluß. Als Tag des Beginns der diesjährigen Spielzeit ist der 29. Juni d. J. festgesetzt. Die Aufführungen werden

„Ich schwöre, daß ich sie nie wiedersehen will; sagen Sie mir nur, daß alles Komödie und Manöver ist. Ich ertrage den Gedanken nicht, daß Erika ein Leid zugestoßen sein könnte...“

Hierauf überhäufte er mich wieder mit Vorwürfen, so daß ich, der doch aus einem ganz anderen Grunde hergekommen war, den Verzweifelten trösten mußte. Schließlich wurde er ruhiger, klagte sich selber an, daß er das Mädchen um seine Ruhe gebracht habe wollte sterben. Mein Schwager und ich verließen das Heim des Studenten, diesen in erschöpftem Zustand auf dem Bett liegend zurücklassend. Jeder Verdacht gegen Dmochowski war geschwunden. Ich muß gestehen, daß der Schmerz des jungen Mannes auf mich den tiefsten Eindruck gemacht hat. Während ich die Treppe zur Straße hinabstieg, machte ich mir die bittersten Selbstwürde über meine väterliche Strenge. Zugleich mußte ich mir gestehen, daß Dmochowski in der Aufrichtigkeit und Echtheit seiner Empfindung auf mich einen sehr günstigen Eindruck gemacht hatte.

Im Polizeibureau

Auf Drängen seines Schwagers erstattete er hierauf im Polizeibureau die Abgängigkeitsanzeige. Im Laufe des Nachmittags wurden Herr und Frau Diest vernommen. Hierauf begab sich der Kommissar Ujbatshew nochmals in die Wohnung des Studenten Thaddäus Dmochowski, um diesen über sein letztes Zusammensein mit Fräulein Erika Diest zu vernehmen. Hierbei ergab sich ein überraschendes Resultat.

(Fortsetzung folgt.)



